

November 2011

Peter Niggli

Rohstoffpolitik mit geostrategischer Schlagseite

Seit dem Krisenjahr 2008 befinden sich die Europäische Union (EU) und grosse Mitgliedländer wie Deutschland in einer Art rohstoffpolitischem Fieber. Ihre Gegenmedizin verknüpft ökologische Erfordernisse mit geostrategischen Planspielen und aggressiver Aussenhandelspolitik. Die EU-Kommission legte 2008 eine *Rohstoffinitiative* zur „sicheren [Rohstoff-]Versorgung Europas“ vor. 2011 lieferte sie die *Leitinitiative* für ein „ressourcenschonendes Europa“ nach. Darauf schaltete sich das EU-Parlament mit dem *Initiativbericht über eine erfolgreiche Rohstoffstrategie* in die Debatte ein. Die Schweizer Regierung ist daran, ebenfalls eine *Rohstoffstrategie* zu erarbeiten.¹ Die europäischen Länder reagieren damit auf die neue Konkurrenz aus Asien, die rohstoffpolitisch schon länger aktiv ist.

In der Ära unangefochtener Globalisierung von 1980 bis zu Beginn des neuen Jahrhunderts schienen Rohstoffe unbegrenzt zur Verfügung zu stehen, und erst noch zu stagnierenden oder gar fallenden Preisen. Nach 2000 begann sich das zu ändern: Die Rohstoffpreise stiegen an, zuerst bescheiden, seit Mitte der Nullerjahre stark. Einen ersten Höhepunkt erreichten sie im Sommer 2008, kurz vor der Kernschmelze der Finanzmärkte. Den zweiten im Sommer 2011, bevor die Eurokrise die zweite globale Rezession einleitete.

Die Preissteigerungen haben verschiedene Ursachen. Strukturell neu sind drei:

1. die rasche Industrialisierung Chinas und anderer Schwellenländer. Sie erhöht die Nachfrage nach Metallen und Erdöl.
2. der drastische Rückgang der Investitionen in die Landwirtschaft vieler Entwicklungsländer und der Vormarsch von Agrotreibstoffen auf Kosten des Nahrungsmittelanbaus. Das verringert die Nahrungsmittelüberschüsse auf dem Weltmarkt und treibt die Preise in die Höhe.
3. vagabundierendes Kapital, das neue Renditemöglichkeiten in spekulativen Rohstoffanlagen sucht, nachdem die High Tech- und Immobilienblasen geplatzt waren.

Kein Wunder also, dass Rohstoffe seit ein paar Jahren zum Politikum geworden sind. Schon die Preissteigerungen allein hätten dies bewirkt. Hinzu kamen weitere Faktoren.

¹ EU-Kommission: Die Rohstoffinitiative – Sicherung der Versorgung Europas mit den für Wachstum und Beschäftigung notwendigen Gütern. Brüssel, 6.5.2010. (in der Folge als Rohstoffinitiative zitiert) / EU-Kommission: Ressourcenschonendes Europa – eine Leitinitiative innerhalb der Strategie Europa 2020. Brüssel, 26.1.2011. (in der Folge als Ressourcenschonung zitiert) / EU-Kommission: Grundstoffmärkte und Rohstoffe: Herausforderungen und Lösungsansätze. Brüssel, 2.2.2011. (in der Folge als Grundstoffmärkte zitiert) / Europäisches Parlament: Bericht über eine erfolgreiche Rohstoffstrategie für Europa. 25.7.2011 (in der Folge als Parlamentsbericht zitiert). / Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco): Rohstoffstrategie des EVD im Bereich der kritischen Rohstoffe. Bern, Entwurf, August 2011 (in der Folge als CH-Rohstoffstrategie zitiert). / Seco: Natürliche Ressourcen in der Aussenwirtschaftsstrategie. In: Bericht zur Aussenwirtschaftspolitik 2008. Bern, 2009 (in der Folge als CH-Aussenwirtschaftsbericht zitiert).

„Peak everything“

In der Ära unangefochtener Globalisierung gingen die Wirtschaftsakteure davon aus, dass die Verknappung oder Erschöpfung von natürlichen Ressourcen weit jenseits ihres Planungshorizontes liege. Typisch für die vorherrschende Geisteshaltung war die öffentliche Wette, zu welcher der US-Ökonom Julian Simon den Naturwissenschaftler Paul Ehrlich aufgefordert hatte. Ehrlich glaubte, dass die Preise der Rohstoffe steigen würden, weil sie bei anhaltendem Wirtschaftswachstum knapp und knapper würden. Simon hielt dies wie die meisten Neoliberalen damals für Unsinn, weil menschliche Erfindungskraft jede Knappheit überwinden werde. Er wettete deshalb 1980 mit Ehrlich, dass die Preise von fünf Rohstoffen 1990 tiefer liegen würden – und behielt Recht. Die Zeitspanne war allerdings etwas kurz gewählt. Heute, 30 Jahre danach, hätte Ehrlich gewonnen: Nicht nur bei den fünf, sondern bei fast allen Rohstoffen liegen die Preise bedeutend höher als 1980.

Die Preiserhöhungen der letzten Jahre liessen bei Regierungen, Unternehmen und der interessierten Öffentlichkeit die Ahnung aufkommen, dass die Erschöpfung begrenzter Rohstoffe möglicherweise schon heute in die Investitionsplanung einzuarbeiten ist. Plötzlich sprach man vom *Peak Oil*, dem globalen Ölfördermaximum, wo die Erschöpfung existierender Erdölquellen nicht mehr durch die Erschliessung neuer gedeckt werde. Weitere ‚Peaks‘ fanden ihren Weg in die öffentliche Wahrnehmung, allen voran der *Peak Phosphor*. Phosphatdünger haben nach dem Zweiten Weltkrieg wesentlich zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft beigetragen, aber die mineralischen Phosphorvorkommen nähern sich ihrer Erschöpfung.

Der politische Umgang mit den drohenden ‚Peaks‘ schwankt zwischen Augenschliessen entlang der Argumentation von Simon, rohstoffpolitischem Aktivismus und ernsthaften ökologischen Reformbemühungen. Ob es gelingt, die erforderlichen Veränderungen in Produktion und Konsum zu bewerkstelligen, bevor es zu spät ist, bleibt offen. Zweifel äussern heute auch einzelne Wirtschaftsakteure: „Der Kapitalismus“, schrieb Jeremy Grantham, Mitbegründer der amerikanischen Asset Management-Firma GMO, „packt [diese] langfristigen Probleme nicht gut an. Mir scheint, der Impact des Kapitalismus verändert sich entlang der Zeitachse, ist brilliant auf kurze, aber verloren, irrelevant, ja gefährlich auf lange Sicht.“²

Die rohstoffpolitischen Papiere der EU und der Schweiz geben sich zuversichtlicher. Immerhin stellt die EU fest, dass der „Druck auf die [natürlichen] Ressourcen wächst“, nicht zuletzt weil die Bevölkerung der Entwicklungsländer „mit gutem Recht den Wohlstand der entwickelten Länder und deren Verbrauchsniveau“ anstrebe. Europa könne sich deshalb „einen Ressourcenverbrauch im bisherigen Umfang nicht mehr leisten“. Die Schweiz hält sich nicht mit Überlegungen zum gleichen Recht der Entwicklungsländer auf, stellt aber fest, dass die bestehenden Trends der Ressourcennutzung „nicht unendlich“ weitergeführt werden können.³ Die EU und auch die Schweiz setzen auf eine Art ökologisch aufgerüsteten Julian Simon-Approach. Sie wollen die Ressourceneffizienz erhöhen, den Rohstoffverbrauch senken und die Forschung nach Ersatzstoffen intensivieren. Ergänzend dazu soll ein systematisches Recycling endlicher Rohstoffe forciert werden.

Schwindendes Weltmarktvertrauen

² Jeremy Grantham's Quarterly Letter 2, 2011: Resource Limitations: Separating the Dangerous from the Merely Serious. http://www.gmo.com/websitecontent/JGLetter_ResourceLimitations2_2Q11.pdf

³ Ressourcenschonung, S. 2. CH-Aussenwirtschaftsbericht, S. 50.

Die endlichen Rohstoffe (Metalle, fossile Energien) sind geografisch ungleich verteilt. Die allerwenigsten Länder decken ihren Bedarf aus dem eigenen Hoheitsgebiet. Auch im Falle der erneuerbaren Rohstoffe ist eine Mehrheit der Länder auf Importe angewiesen. Diese Ungleichheiten werden normalerweise durch den internationalen Handel ausgeglichen. Bis vor kurzem vertrauten westliche Regierungen und Unternehmen darauf, dass ihre kaufkräftige Nachfrage auf dem Weltmarkt, den sie in den letzten dreissig Jahren gründlich ‚geöffnet‘ haben, immer ein Angebot finden werde. Angebotsengpässe betrachteten sie als vorübergehend, weil die Rohstoffproduzenten auf höhere Preise mit Investitionen zur Steigerung des Angebots reagieren würden. Womit das Ganze wieder ins ‚Gleichgewicht‘ käme.

Seit 2008 häufen sich aber Fälle, in denen die Produzentenländer den Rohstoffhandel nach Meinung der EU-Kommission durch staatliche Eingriffe „verzerren“ und die Versorgung gefährden. Dazu zählen Exportsteuern und -quoten, Subventionen und restriktive Regeln für Auslandsinvestitionen. Argentinien, China, Indien, Südafrika, Russland und die Ukraine gelten als Hauptschuldige. Die Restriktionen treffen diverse Metalle, Phosphor, Holz oder Leder. Hinzu kommen seit den ersten Hungerrevolten 2008 befristete Exportverbote für Getreide und andere pflanzliche Produkte durch Ägypten, Indien, Russland oder die Ukraine. Wenn die Welthandelsorganisation (WTO) in den letzten Jahren vor wachsendem Protektionismus warnte, waren auch diese Exportrestriktionen gemeint.⁴

Nicht alle Exportbeschränkungen treffen die westlichen Länder gleichermassen. Bei einer Gruppe seltener Metalle, die in Schlüsseltechnologien Anwendung finden, hängen sie jedoch völlig von wenigen Produzentenländern ab. Die EU identifiziert 14 „kritische Rohstoffe“, bei denen Europas Industrien um einen gesicherten Nachschub zittern müssten. Bei 8 dieser 14 ist China der Hauptproduzent.⁵

Beispielhaft ist der Fall der Seltenerdmetalle. Ihre Gewinnung ist aufwendig, weil sie nur in geringen Konzentrationen vorkommen und mit umweltbelastenden Prozessen aus anderen Erzen herausgeholt werden müssen. China besitzt einen grossen Anteil an den globalen Reserven und hat mit 97 Prozent Anteil an der Weltproduktion praktisch das Monopol. Zudem verarbeitet es rund 60 Prozent der jährlichen Weltproduktion selber. Andere Produzenten wie die USA hatten ihre Seltenerd-Gewinnung aus Umweltschutzgründen schon vor Jahren aufgegeben.⁶ Chinas heutiges Produktionsmonopol ist eine schöne Veranschaulichung von Larry Summers' „Gesetz“. Bekanntlich meinte 1991 der damalige Chefökonom der Weltbank, die Verlagerung giftiger Abfälle und entsprechender Produktionszweige in Tiefstlohnländer entspreche bestechender ökonomischer Logik.

Vor wenigen Jahren begann Peking, die jährliche Exportquote von Seltenerdmetallen zu senken, seit 2009 stark. Die Exporte nach Japan wurden vorübergehend verboten. Peking rief ausländische Konzerne auf, Produktionsprozesse mit Seltenen Erden nach China zu

⁴ Commission Staff Working Document zur Rohstoffinitiative, SEC(2008) 2741, S. 10.

http://ec.europa.eu/enterprise/sectors/metals-minerals/files/sec_2741_en.pdf // WTO: Report to the Trade Policy Review Body from the Director-General, 21 June 2011, S 20ff.

http://www.wto.org/english/news_e/sppl_e/sppl196_e.htm

⁵ Antimon, Beryllium, Kobalt, Flussspat, Gallium, Germanium, Graphit, Indium, Magnesium, Niob, Metalle der Platingruppe, Seltene Erden, Tantal und Wolfram. Grundstoffmärkte, S. 25f.

⁶ Jane Korinek, Jeonghoi Kim: Export Restrictions on Strategic Raw Materials and Their Impact on Trade. OECD Trade Policy WP, No. 95. Paris, 29.3.2010. Tabellen 2, 3 und S. 19ff.

verlagern. Die westlichen Länder waren alarmiert und reichten bei der WTO Klage ein.⁷ Pekings Politik hat widersprüchliche Folgen: Einerseits suchen nun die ‚Betroffenen‘ andere Produzenten. Gegenwärtig ist in Malaysia eine Raffinerie für Seltenerdmetalle geplant. Abklärungen sind in den USA, Vietnam, Indien und der Mongolei im Gang.⁸ Andererseits verschoben, wie im Sommer 2011 bekannt wurde, japanische, amerikanische und europäische Konzerne Produktionszweige mit Seltenerdmetallen nach China.

Für die EU ist die „Importabhängigkeit bei Hochtechnologiemetallen [...] kritisch“. Problematisch sei, dass ihre Vorkommen in wenigen Ländern konzentriert seien, „in denen es keine Marktwirtschaft gibt oder die wirtschaftlich oder politisch instabil sind“. Diese Länder verfolgten „Wirtschaftsstrategien, die auf den Schutz ihrer Rohstoffbasis gerichtet sind, um ihren eigenen nachgelagerten Industriezweigen Vorteile zu verschaffen“. Das sind für die Gralshüter ‚freier Märkte‘ wirtschaftspolitische Sünden: Politische Preislenkung, kein freier Marktzugang, kein freier Zugang für ausländische Investoren, staatliche Förderung nationaler Industrien, Wettbewerbsverzerrung. Das will die EU korrigieren. Das oberste Ziel ihrer Rohstoffpolitik lautet deshalb, die EU müsse auf dem Weltmarkt „Rohstoffe zu gleichen Bedingungen beziehen können wie ihre Konkurrenten“.⁹

Schwindende westliche Kontrolle über die Rohstoffproduzenten

Die „Marktverzerrungen“ sind das eine. Das andere Problem aus Sicht der EU: China und andere Schwellenländer versuchen sich den Zugang zu Rohstoffen in Afrika und zunehmend auch in Lateinamerika mit grosszügigen Krediten, der Finanzierung und Erstellung von Infrastrukturen und mit sogenannter Entwicklungshilfe zu sichern. Bislang waren das westliche Jagdgründe, die nun unserer Kontrolle zu entgleiten drohen.

In Brüssel ist Chinas Afrikapolitik seit längerem Gesprächsstoff. Die EU-Regierungen haben den Eindruck, sie verausgabten sich in Afrika mittels Entwicklungshilfe in der Armutsbekämpfung, während sich China Ressourcen und interessante Infrastrukturaufträge unter den Nagel reisse. Die geopolitische Abstinenz der EU gelte es zu beenden.

Diese Analyse ist übertrieben. Richtig ist, dass es mit China, Indien und Brasilien neue geopolitische Akteure gibt. Von selbstloser westlicher Entwicklungshilfe kann hingegen nur im Falle weniger Kleinstaaten die Rede sein; der grosse Rest setzt diese genau so geopolitisch ein wie die Newcomer. Die westlichen Einflussmöglichkeiten in Afrika sind immer noch enorm. Man denke nur an das Netz sicherheitspolitischer Abkommen, das die USA mit afrikanischen Staaten aufgezogen haben und über Africom, das neugeschaffene Armeekommando für Afrika mit Sitz in Deutschland, koordinieren. Dabei geht es unter anderem auch um den Zugang zu den Ölvorkommen Westafrikas. Wirtschaftlich ist China in Afrika noch ein Zwerg, wenn auch explosiv wachsend. 2009 machte sein Anteil an den

⁷ Der Fall ist noch hängig, nachdem Peking gegen ein Panel-Urteil vom Sommer 2011 Rekurs erhoben hat. Siehe http://www.wto.org/english/tratop_e/dispu_e/cases_e/ds398_e.htm

⁸ Der „Economist“ fand, die Panik um die Seltenerdmetalle werde durch ausser-chinesische Investoren geschürt (8.10.2009).

⁹ Rohstoffinitiative, S. 4f. und 6. Die CH-Rohstoffstrategie übernimmt in diesen Punkten Analyse und Stossrichtung von der EU, zum Teil in Guttenberg'scher Manier bis in die Formulierungen hinein. Die westlichen Länder sind übrigens nicht die einzigen, deren Vertrauen in die Kapazität des Weltmarkts, immer zu liefern, erschüttert ist. Geht es den Europäern um „strategische Metalle“, machen sich andere Sorgen um ihre Ernährungssicherheit. So lässt sich der Zukauf von riesigen Flächen von Landwirtschaftsland, das sogenannte Landgrabbing, in Schwarzafrika durch asiatische Schwellenländer verstehen. Die Käuferstaaten fühlen sich angesichts schwindender globaler Reserven von Landwirtschaftsland und der anhaltenden Degradierung landwirtschaftlicher Böden bedeutend sicherer, wenn sie wesentliche Teile der Landwirtschaftsproduktion selber kontrollieren, statt auf Weltmarktüberschüsse hoffen.

gesamten Auslandsinvestitionen in Afrika erst zwei Prozent aus, gegenüber je 36 Prozent für die USA und Europa.¹⁰

Verbessert hat sich hingegen die Position der afrikanischen Regierungen. Ihre Abhängigkeit von Nachfrage und Unternehmen des Westens verringert sich, was ihnen neue politische Spielräume eröffnet. Ob sie diese produktiv zur Entwicklung und Diversifizierung ihrer Volkswirtschaften und zugunsten ihrer Bevölkerungen nutzen, ist Gegenstand der politischen Auseinandersetzung in ihren Ländern geworden. Es sind diese neuen Spielräume, die europäische Rohstoffpolitiker nervös machen. Entsprechend will die EU den Konkurrenzkampf mit Asiens aufstrebenden Industrieländern um Afrikas natürliche Ressourcen auch ‚entwicklungspolitisch‘ angehen.

Die neue internationale Rohstoffpolitik der EU

Rekapitulieren wir die drei Ziele, welche die EU mit ihrer Rohstoffstrategie verfolgt: (1) Sie will auf dem Weltmarkt die Rohstoffe zu gleichen Bedingungen wie ihre Konkurrenten beziehen können. (2) Sie will die in Europa vorhandenen Rohstoffe intensiver ausbeuten, um die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu verringern. (3) Und sie will Rohstoffe effizienter nutzen, den Verbrauch senken und die Suche nach Ersatzstoffen für endliche Rohstoffe intensivieren. Ziele 2 und 3 werden in diesem Text nicht weiterverfolgt, hingegen Ziel 1, die internationale Rohstoffpolitik, die sich auf mehreren Ebenen entfaltet.¹¹

Rohstoffdialoge und internationale Zusammenarbeit: Die EU will mit China, Russland, Brasilien etc. über ihre „handelsverzerrenden“ Massnahmen ins Gespräch kommen. Sie sucht dazu die Zusammenarbeit mit den USA und Japan, die ebenfalls betroffen sind. Sie will schliesslich rohstoffpolitische Themen in die G8, G20 und in die Uno einbringen. Hier sollen Themen wie die Tiefsee-Erdölgewinnung, die Nutzung der Arktis und die Sicherheit internationaler Handelswege (Piraterie) angegangen werden.

Handelsregeln: In den bestehenden WTO-Verträgen sind viele der umstrittenen Praktiken wie die Erhebung von Exportsteuern nicht klar geregelt. Das will die EU ändern: Exportabgaben und industriepolitisch wirksame Subventionen sollen eingeschränkt werden. Die Chancen für einen Durchbruch sind vorderhand klein. Unmittelbar setzt sie deshalb dort an, wo sie grössere Chancen hat. Erstens bei WTO-Beitrittskandidaten, von denen die einzelnen WTO-Mitglieder neben der Erfüllung der geltenden Verträge zusätzliche Konzessionen einfordern können. Zweitens bei bilateralen Freihandelsverträgen. Parallel dazu will die EU gegen die ‚Rohstoffsünder‘ mit Klagen bei der WTO und mit Antidumping-Verfahren vorgehen, um Druck aufzusetzen. Schliesslich will sie den Zugang zu ihrem Zollpräferenzsystem künftig davon abhängig machen, dass die Entwicklungsländer allfällige „marktverzerrende“ Massnahmen zurücknehmen. Die Zollpräferenzen, die die Handelschancen ärmerer Länder verbessern sollen, werden also in den Dienst der EU-Rohstoffpolitik gestellt.

Finanzmärkte und Unternehmen: Die EU-Rohstoffinitiative will die Finanzmärkte, insbesondere die Derivate, stärker regulieren, um die Spekulation mit Rohstoffen zu verringern. Sie unterstützt die Vorschläge, welche Frankreich in die G20 eingebracht hat. Ein mildes, aber immerhin offenes Auge will die Kommission auf das Verhalten der Rohstoffunternehmen werfen. Sie beteuert ihre Unterstützung für die laufenden freiwilligen Unternehmens-Vereinbarungen im Rohstoffbereich, den Kimberley-Zertifizierungsprozess

¹⁰ M. Haefliger: Chinas Unternehmer packen in Afrika an. NZZ, 31.3.2011

¹¹ Rohstoffinitiative, S. 6ff.

und die Initiative für Transparenz in der Rohstoffwirtschaft (EITI). Hier will das EU-Parlament weiter gehen. Es verlangt, EU-Rohstoffunternehmen gesetzlich zu verpflichten, ihre Zahlungen für jedes Investitionsprojekt und jedes Land zu veröffentlichen und eine länderbezogene Berichterstattung über Mineralien aus Konfliktgebieten vorzulegen. Schliesslich müssten EU-Unternehmen in ihrem Heimatland rechtlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn die von ihnen kontrollierten Unternehmen im Ausland Menschenrechte und Umweltstandards verletzen. Das EU-Parlament stellt damit Forderungen, die in der Schweiz kürzlich durch die breite Allianz „Recht ohne Grenzen“ lanciert worden sind.¹²

Entwicklungspolitik: Weil sich viele Rohstoffe in Afrika und anderen Entwicklungsländern befinden, will die EU ihre Entwicklungspolitik auf den „diskriminierungsfreien Zugang zu Rohstoffen ausrichten“. Im Dialog mit Afrika will sie den Ressourcenzugang verknüpfen mit Hilfestellungen in der Bewirtschaftung von Rohstoffen und in der Verbesserung der Infrastruktur. Dabei soll auch das „Investitionsklima“ gefördert werden mit dem Ziel, dass alle Länder und alle Unternehmen zu gleichen Bedingungen Zugang für Investitionen im Rohstoffsektor erhalten. Mit bilateralen Freihandelsverträgen will sie schliesslich Exportsteuern beseitigen. Das gilt insbesondere für die *Economic Partnership Agreements* (EPA), über welche die EU mit den ehemaligen Kolonien Afrikas seit 2002 – gegen zähen Widerstand – verhandelt.

Deutschland verknüpft seine eigene bilaterale Entwicklungszusammenarbeit besonders aktiv mit der rohstoffpolitischen Agenda. Der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) verfolgt seit Amtsantritt zielstrebig die Verwandlung der deutschen Entwicklungshilfe in ein deutsches Wirtschaftsförderungssystem. Dabei werden auch Rohstoffpartnerschaften mit Entwicklungsländern gesucht, die deutschen Unternehmen im chinesischen Stil Rohstoffinvestitionen und -versorgung sichern sollen. Ein erstes Abkommen wurde im Herbst 2011 mit der Mongolei unterzeichnet; eine Rohstoffvereinbarung existiert mit Kasachstan. Abklärungen sind im Gang mit Liberia, Angola und anderen.

Die entwicklungspolitischen Stossrichtungen der EU-Rohstoffpolitik sind die umstrittensten, handelt es sich doch um eine unverblühte Instrumentalisierung der Entwicklungshilfe für die Förderung der eigenen wirtschaftlichen Interessen. Schon bei der Erarbeitung der (gescheiterten) EU-Verfassung und des heute geltenden Vertrags von Lissabon wollten die Regierungen und die EU-Kommission die Entwicklungszusammenarbeit als ein Instrument der EU-Aussenpolitik festschreiben. Die Entwicklungsorganisationen und Mehrheiten des EU-Parlaments wehrten sich erfolgreich dagegen. Das EU-Parlament äussert denn auch zum entwicklungspolitischen Teil der Rohstoffinitiative die meisten Vorbehalte. Es sei ein legitimes Recht der Entwicklungsländer, die Investitionen in ihren Rohstoffsektor so zu regulieren, dass es ihrer wirtschaftlichen Entwicklung diene sowie vor- und nachgelagerte lokale Wertschöpfungsprozesse fördere. Die Entwicklungsländer seien in den Bemühungen, ihre Wirtschaft zu diversifizieren und aus der Rohstoffabhängigkeit zu befreien, zu unterstützen. Schliesslich seien die EU-Entwicklungspolitik und das Zollpräferenzsystem kein Instrument der Rohstoffpolitik. Vielmehr soll die EU ihren Widerstand gegen Exportsteuern überprüfen und differenzieren. Diese Kritik deckt sich weitgehend mit derjenigen, die Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden und Entwicklungsorganisationen in der EU geäussert haben.¹³

¹² Parlamentsbericht, S. 22. Siehe auch www.rechtohnegrenzen.ch

¹³ Parlamentsbericht, S. 19, 21. Mark Curtis: Die neue Jagd nach Ressourcen: Wie die EU-Handels- und Rohstoffpolitik Entwicklung bedroht. Hg: Oxfam, WEED, Traidcraft Exchange, AITEC, Comhlamh. Berlin, November 2010. / Isabelle Ramdoo: Implications of the EU Raw Materials Initiative on ACP Countries. Status of

Und die Schweiz?

Im Unterschied zur EU herrscht hierzulande kein oder kein starkes rohstoffpolitisches Fieber. In der Economiesuisse wird die „Panik“ belächelt, welche die Knappheit an strategischen Metallen nach 2008 hervorgerufen habe. Die EU versuche in „merkantilistischer“ Manier auf ein Problem zu reagieren, das die Märkte schliesslich besser lösen würden. Der Verband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie (Swissmem) sieht die Lage weniger entspannt. Auf sein Drängen ist denn auch das Seco daran, eine Rohstoffstrategie zu erarbeiten.

Was im Entwurf vorliegt, folgt in grossen Zügen der EU-Politik. Ziele 2 und 3 werden faktisch übernommen, wobei mangels eigener Rohstoffe das Recycling im Zentrum steht. In der Aussenwirtschaft will sich der Bund wie die EU für verlässliche Regeln in der WTO einsetzen und in Freihandelsverträgen Exportsteuern und ähnliches verbieten. Tatsächlich sind entsprechende Paragraphen in den Freihandelsverträgen etwa mit Kolumbien oder Peru drin. Ob dasselbe in den anstehenden Verträgen mit Indien, China oder Indonesien möglich wird, ist die interessante Frage. Die schweizerische Kritik an den Freihandelsverträgen hat bislang diesem rohstoffpolitischen Aspekt keine gebührende Beachtung geschenkt.

Wie oben erwähnt, will die EU-Rohstoffstrategie auch gegen Rohstoffspekulation vorgehen und ihre transnationalen Unternehmen zu Corporate Social Responsibility anhalten. Das findet in der Schweizer Strategie bezeichnenderweise keinen Widerhall. Hingegen verknüpft die Schweiz glücklicherweise die Rohstoffpolitik nicht mit der Entwicklungshilfe. Überhaupt fehlen all die Aspekte, mit denen die EU ihre (widerspenstigen) ‚Rohstoffpartner‘ zur Berücksichtigung der EU-Interessen zwingen will.